

Chronologie der Mitbestimmung

Herbst 1969

Der Kongress des SGB verlangt ein Mitbestimmungsprogramm.

Januar 1971

Die drei Gewerkschaften SGB, CNG und SVEA stellen weitgehende Übereinstimmung ihrer Mitbestimmungsziele fest. Der SGB-Entwurf für ein Mitbestimmungsprogramm wird veröffentlicht.

März 1971

Gemeinsam lancieren SGB, CNG und SVEA die Mitbestimmungsinitiative.

Mai/Juni 1971

Innert kürzester Zeit sind über 160 000 Unterschriften gesammelt (notwendig: 50'000).

25. August 1971

Ein historischer Tag: das Volksbegehren zur Mitbestimmung wird in Bern eingereicht.

Sommer/Herbst 1972

Der Bundesrat erkennt die Aktualität der Mitbestimmung und veranlasst:

1. Vernehmlassung (Verbände, Kantone, Parteien werden gebeten, Stellung zu nehmen).
2. Umfrage über den gegenwärtigen Stand der Mitbestimmung in der Schweiz.

Die Gewerkschaften erarbeiten detaillierte Vorschläge für eine umfassende Mitbestimmung.

Anfangs 1973

Die Resultate der bundesrätlichen Sondierung ergeben: Mitbestimmung ungenügend - Ausdehnung erwünscht!

Sommer 1973

Der Bundesrat lehnt den Text der Initianten ab, anerkennt aber die Notwendigkeit der Mitbestimmung und legt einen Gegenvorschlag vor.

Frühjahr 1974

Der Nationalrat behandelt die Mitbestimmung. Erwartungsgemäss findet die Initiative keine Mehrheit. Was noch wichtiger ist: Der inhaltlere Vorschlag Auer wird abgelehnt, der bessere Gegenvorschlag des Bundesrates angenommen.

Sommer 1974

In der Junisession hat der Ständerat die Mitbestimmung beraten. Er schlägt eine Alternative vor, die praktisch nichts mehr mit Mitbestimmung zu tun hat.

Gewerkschaftliche Rundschau, Heft 6-7, Juni-Juli 1974.

Gewerkschaftliche Rundschau > Mitbestimmungs-Initiative. Chronologie. Rundschau Juni-Juli 1974